

Stadt Lohmar
Der Bürgermeister

Beschlussvorlage
 Ergänzungsvorlage
 Mitteilungsvorlage

Anlage zu TOP _____

öffentlich _____

Produkt	1.01.14.02	Energiemanagement
Produktgruppe	1.01.14	Technisches Immobilienmanagement
Produktbereich	1.01	Innere Verwaltung

Amt/Geschäftszeichen	Datum	Vorlagennummer
23 / 23.1/Me/D2	23.10.2013	MI/13/2204

▼ Beratungsfolge	▼ Sitzungstermin
1. Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	05.11.2013
2. Rat	05.12.2013

Tagesordnungspunkt/Betreff

**Interkommunales Klimaschutzkonzept Lohmar, Much und Ruppichterath (IKK):
 Sachstand Förderanträge**

Inhalt der Mitteilung:

Mitteilungstext

1. Der Ausschuss Umwelt und Klimaschutz nimmt den Sachstandsbericht bzgl. der gestellten Förderanträge zur Kenntnis.
2. Der Rat nimmt den Sachstandsbericht bzgl. der gestellten Förderanträge zur Kenntnis.

Begründung

1. Sachverhalt

Am 25.11.2009 beschloss der Rat der Stadt Lohmar die Erstellung eines interkommunalen Integrierten Klimaschutzkonzepts (IKK) gemeinsam mit den Kommunen Neunkirchen-Seelscheid, Much und Ruppichterorth (BV/09/0745).

Nach dem Ausstieg von Neunkirchen-Seelscheid stellten die Konsortiumskommunen Lohmar, Much und Ruppichterorth das Interkommunale Integrierte Klimaschutzkonzept (IKK) Ende 2012 fertig und in ihren politischen Gremien vor.

In Lohmar wurde in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz am 26.11.2012 sowie des Rates am 04.12.2012 (BV/12/1828) das IKK als wichtiger Bestandteil der städtischen Gesamtaktivität zum Umwelt- und Klimaschutz zu Umsetzung bestimmt. Parallel wurden bei den Konsortiumsmitgliedern Much und Ruppichterorth im Dezember 2012 gleich lautende Beschlüsse herbeigeführt.

Hier insbesondere:

Gemeinsame Beantragung der Kommunen Lohmar, Much und Ruppichterorth einer

- 1 – Förderung für die Einrichtung einer Stelle „Klimaschutzmanagement“ (Stelle KM)
- 2 – Förderung eines Teilkonzepts „Anpassung an den Klimawandel“ (TK KA)
- 3 – Förderung eines Teilkonzept „Erschließung der verfügbaren Erneuerbare-Energien-Potentiale“ (TK ET)

Nur mit der Schaffung der Stelle „Klimaschutzmanagement“ kann die Umsetzung des IKKs sichergestellt werden, da die derzeitige Personalsituation keine ausreichenden Ressourcen bietet.

Mitte März 2013 wurden alle drei Förderanträge fristgerecht eingereicht.

Es wurde mit einer Bearbeitungszeit seitens des Projektträgers Jülich (PtJ) von maximal einem halben Jahr gerechnet, sodass als Vorhabenbeginn 09/2013 angesetzt wurde.

Bei einem Vernetzungstreffen für Antragsteller am 03.07.2013 wurde jedoch bekannt gegeben, dass es aufgrund Klärungsbedarfs in Haushaltsfragen seitens des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) zu einem vorübergehenden Bearbeitungsstopp kam und im Anschluss das PtJ vom BMU angewiesen wurde, die sehr zahlreich eingegangenen Anträge „Klimaschutztechnologien bei der Stromnutzung“ bei der Antragsbearbeitung vorzuziehen.

Bei allen anders gelagerten Förderanträgen wäre mit einer Bearbeitung vor Ende August / Anfang September nicht zu rechnen. Gleichzeitig wurde bekannt gegeben, dass bei Bewilligungsbescheide ab September keine Fördermittel mehr im laufenden Haushaltsjahr ausbezahlt würden.

Am 20.08.2013 wurde die Stadt Lohmar vom PtJ per Email aufgefordert, den Onlineantrag TK KA entgegen ursprünglicher Abstimmung nach beantragter Förderquote (Lohmar und Much jeweils 50 %, Ruppichterorth als „Nothaushaltskommune“ 95 %) in zwei Teilanträge zu splitten.

Der Antrag wurde kurzfristig entsprechend überarbeitet und eingereicht.

Mit Schreiben vom 10.09.2013 und 27.09.2013 kamen zu den Förderanträgen TK ET und

Stelle KM ebenfalls Nachforderungen, welche sich derzeit in Bearbeitung befinden.

Zwischenzeitlich teilte Gemeinde Ruppichteroth mit, dass sie nicht mehr „Nothaushaltskommune“ ist, sondern über ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept verfügt. Folglich steht ihr nicht mehr die 95 % - Förderung zu. Die Förderanträge müssen entsprechend überarbeitet und Nachträge gestellt werden.

Die Gemeinde Ruppichteroth prüft derzeit die Bereitstellung der nun erhöhten Eigenanteile. Die Vorlage eines politischen Beschlusses für die Übernahme der Eigenanteile ist Grundvoraussetzung für die Beantragung - hier: für den Nachtrag - der Förderung.

Zeitgleich werden die fachlichen und administrativen Nachforderungen des PtJs bearbeitet und aufbereitet.

Der PtJ wurde von den veränderten Antragsbedingungen unterrichtet, eine Verlängerung der Nachreichungsfrist beantragt.

Nach Vorlage des Beschlusses aus Ruppichteroth zur Übernahme der erhöhten Eigenanteile werden die geforderten Nachträge schnellstmöglich eingereicht, um möglichst einen Bewilligungsbescheid noch in diesem Jahr erhalten zu können.

2. Ziel: Was soll für welche Zielgruppe erreicht werden?

Verbesserung der Energie- und Klimasituation in der Stadt Lohmar.

3. Leistungen/Prozesse: Was soll wie getan werden?

Umsetzung und Fortschreibung des Interkommunalen Klimaschutzkonzepts Lohmar, Much und Ruppichteroth als wichtigen Bestandteil der städtischen Gesamtaktivität zum Umwelt- und Klimaschutz:

Nach Vorlage des politischen Beschlusses aus Ruppichteroth zur Übernahme der erhöhten Eigenanteile sollen die Nachträge eingereicht und die Teilkonzepte bzw. die Stelle Klimaschutzmanagement nach Bewilligung erstellt bzw. eingerichtet und ausgeschrieben werden.

4. Ressourcen: Welcher Aufwand ist für die Umsetzung der Maßnahme erforderlich?

Sach- und Personalaufwand im Rahmen der Durchführung und Förderantragsstellung.

5. Auswirkungen auf übergeordnete Ziele (Haushaltskonsolidierung, NKF, Familienfreundlichkeit, Raum für Jung und Alt, Unternehmerische Engagement, Natur und Sport). Falls ja: Welche?

Die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes und insbesondere die Umsetzung der daran anknüpfenden Maßnahmen hat Auswirkung auf alle Ziele der städtischen Entwicklungsstrategie.

6. Wirtschaftliche Auswirkungen:

Mittel für die Maßnahme lt. Haushaltsplan vorhanden: ja Entwurf 2013 und 2014

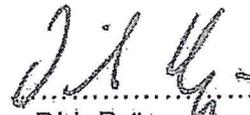
nein.

Falls nein: - Mittel können aus der betroffenen Produktgruppe zur Verfügung gestellt werden nein

ja, Erläuterung: _____

- Die Maßnahme kann nur durch Inanspruchnahme von Mitteln aus nachstehenden Produktgruppen durchgeführt werden (ggf. Dpl. gemäß § 83 GO):

In Vertretung


.....
Dirk Brügge
Erster Beigeordneter

Stadt Lohmar
Der Bürgermeister

- Beschlussvorlage
 Ergänzungsvorlage
 Mitteilungsvorlage

öffentlich

Amt/Geschäftszeichen	Datum	Vorlagennummer
20 / Beer	04.11.2013	BV/13/2203

▼ Beratungsfolge	▼ Sitzungstermin
1. Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	19.11.2013
2. Rat	05.12.2013

Tagesordnungspunkt/Betreff

Entwicklung des Haushaltsplanes 2014 - 2017

Beschlussvorschlag

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfiehlt dem Rat die Fortschreibung des Ergebnis- und Finanzplans 2014 - 2017 zur Kenntnis zu nehmen.

Beratungsergebnis						
					Sitzung am	TOP
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	ja	nein	Enthaltungen	<input type="checkbox"/> laut Beschluss- vorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss (Rückseite)

Begründung

1. Sachverhalt

Gemäß § 9 Abs. 2 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) ist bei einem Haushaltsplan für zwei Jahre (Doppelhaushalt) dem Rat vor Beginn des zweiten Haushaltsjahres die Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung vorzulegen. In der nachfolgenden Gegenüberstellung ist die Entwicklung des Ergebnisplanes für die Jahre 2014 - 2017 im Vergleich zum verabschiedeten Doppelhaus 2013 / 2014 dargestellt. Hierbei wird ersichtlich, dass sich die Entwicklung des Ergebnisplanes leicht anders darstellt als angenommen, die Tendenz jedoch unverändert positiv bleibt. Voraussetzungen für die weiterhin positive Entwicklung sind, dass nicht weitere grundlegende Änderungen im GFG 2015 erfolgen und die wirtschaftliche Lage sich weiter positiv entwickelt. Auch die Entwicklung der Kreisumlage bleibt nach wie vor eine nennenswerte Größe im städtischen Haushalt. Nachfolgend werden die Veränderungen erläutert:

Ergebnisplan:

Ergebnisplan		Plan 2014	Prognose 2014	Abweichung 2014	Plan 2015	Prognose 2015	Abweichung 2015
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-33.045.000	-32.965.000	-80.000	-34.280.000	-34.290.000	10.000
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-8.858.590	-9.340.169	481.579	-9.354.350	-8.846.014	-508.336
3	Sonstige Transfererträge	-804.840	-804.840		-804.840	-804.840	
4	Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte	-12.339.902	-12.346.271	6.369	-11.974.791	-11.981.161	6.370
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-666.805	-666.805		-665.305	-665.305	
6	Erträge aus Kostenerstattung/-umlage	-1.199.743	-1.199.743		-1.185.961	-1.185.961	
7	Sonstige ordentliche Erträge	-2.425.912	-2.428.012	2.100	-2.356.828	-2.358.928	2.100
8	Aktivierete Eigenleistungen	-162.252	-162.252		-113.904	-113.904	
10	Ordentliche Erträge	-59.503.044	-59.913.092	410.048	-60.735.979	-60.246.113	-489.866
11	Personalaufwendungen	13.713.852	13.713.851		13.904.989	13.904.989	
12	Versorgungsaufwendungen	797.000	797.000		813.500	813.500	
13	Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	11.449.116	11.449.116		11.409.412	11.409.412	
14	Bilanzielle Abschreibungen	8.354.053	8.504.842	-150.789	7.690.021	7.860.589	-170.568
15	Transferaufwendungen	21.758.230	21.478.230	280.000	22.609.140	21.939.140	670.000
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.645.692	2.645.692		2.635.022	2.635.022	
17	Ordentliche Aufwendungen	58.717.943	58.588.731	129.212	59.062.084	58.562.652	499.432
18	Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-785.101	-1.324.361	539.260	-1.673.895	-1.683.461	9.566
19	Finanzerträge	-884.000	-848.000	-36.000	-917.000	-878.000	-39.000
20	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.706.125	2.706.125		2.528.873	2.528.873	
21	Finanzergebnis	1.822.125	1.858.125	-36.000	1.611.873	1.650.873	-39.000
22	Jahresergebnis	1.037.024	533.764	503.260	-62.022	-32.588	-29.434

Ergebnisplan		Plan 2016	Prognose 2016	Abweichung 2016	Plan 2017	Prognose 2017	Abweichung 2017
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-35.425.000	-35.565.000	140.000	-36.130.000	-36.820.000	690.000
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-9.967.395	-8.949.133	-1.018.262	-10.195.078	-9.316.816	-878.262
3	Sonstige Transfererträge	-804.840	-804.840		-804.840	-804.840	
4	Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte	-11.968.009	-11.974.377	6.368	-11.942.790	-11.949.161	6.371
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-666.805	-666.805		-665.305	-665.305	
6	Erträge aus Kostenerstattung/-umlage	-1.179.178	-1.179.178		-1.234.939	-1.234.939	
7	Sonstige ordentliche Erträge	-2.323.346	-2.325.446	2.100	-2.419.695	-2.421.793	2.098
8	Aktivierete Eigenleistungen	-94.140	-94.140		-87.156	-87.156	
10	Ordentliche Erträge	-62.428.713	-61.558.919	-869.794	-63.479.803	-63.300.010	-179.793
11	Personalaufwendungen	14.006.779	14.006.778		14.276.710	14.276.709	
12	Versorgungsaufwendungen	830.000	830.000		848.000	848.000	
13	Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	11.437.103	11.437.103		11.344.365	11.344.365	
14	Bilanzielle Abschreibungen	7.722.578	7.912.701	-190.123	7.562.275	7.753.144	-190.869
15	Transferaufwendungen	23.344.030	22.404.030	940.000	23.646.430	22.726.430	920.000
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.610.118	2.610.118		2.668.593	2.668.593	
17	Ordentliche Aufwendungen	59.950.607	59.200.730	749.877	60.346.373	59.617.242	729.132
18	Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.478.106	-2.358.189	-119.917	-3.133.430	-3.682.768	549.339
19	Finanzerträge	-920.000	-910.000	-10.000	-948.000	-913.000	-35.000
20	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.393.544	2.393.544		2.261.212	2.261.212	
21	Finanzergebnis	1.473.544	1.483.544	-10.000	1.313.212	1.348.212	-35.000
22	Jahresergebnis	-1.004.562	-874.645	-129.917	-1.820.218	-2.334.556	514.339

Zu 1.:

Die Ansätze der Steuern wurden anhand der Orientierungsdaten vom 09.07.2013 angepasst. Betroffen von der Anpassung waren die Gewerbe- und Einkommensteuer. Die Wachstumsraten der Gewerbesteuer wurden leicht nach unten angepasst, die der Einkommensteuer leicht nach oben.

Zu 2.:

Hauptgrund für die Veränderungen in diesem Bereich sind die Auswirkungen des GFG 2014. Gemäß der 2. Proberechnung des Landes vom 15.10.2013 ist in 2014 mit steigenden Schlüsselzuweisungen gegenüber den Ansatzplanung 2014 zu rechnen, jedoch ab 2015 mit stark sinkenden. Ursächlich hierfür ist die steigende Steuerkraft der Stadt Lohmar. Auch die Veränderungen der jeweiligen Ansätze zur Berechnung der Schlüsselzuweisung tragen ab 2015 zu sinkenden Schlüsselzuweisungen bei. Die Ansätze haben sich im Einzelnen wie folgt entwickelt:

	2013	2014
Grundbetrag	581,87 €	669,80 €
Hauptansatz	1,6 % je Einwohner	1,2 % je Einwohner
Schüleransatz		
halbtags	0,70 % je Schüler	0,62 % je Schüler
ganztags	3,30 % je Schüler	2,02 % je Schüler
Soziallastenansatz	Faktor 15,30 je Bedarfsgemeinschaft	Faktor 13,85 je Bedarfsgemeinschaft
Zentralitätsansatz	65 %	46 %

Nicht zu vergessen sind auch die sinkenden Einwohnerzahlen der Stadt Lohmar durch den Zensus 2011.

Zu 4.:

Ein aktueller Rechenlauf zur Auflösung der Sonderposten ergab bedingt durch Aktivierungen im Jahr 2012 eine leichte Veränderung.

Zu 7.:

Auch hier hat ein aktueller Rechenlauf zur Auflösung von Sonderposten eine leichte Veränderung gegeben.

Zu 14.:

Durch einen aktuellen Abschreibungslauf hat sich eine Veränderung ergeben. Durch Aktivierungen im Jahresabschluss 2012 ergibt sich eine höhere Abschreibung als bei Haushaltsplanaufstellung geplant. Ursächlich hierfür sind durch den Jahresabschluss 2012 endabgerechnete Anlagen.

Zu 15.:

Die bei Haushaltsplanaufstellung festgesetzte Kreisumlage hat sich verändert. Diese Veränderungen haben positive Auswirkungen auf die Höhe der Kreisumlage.

Sämtliche andere Positionen werden sich nach heutiger Einschätzung ungefähr so entwickeln wie geplant. Unsicherheiten bergen jedoch immer die Vorsorgungsaufwendungen sowie die Sozialtransferleistungen.

Finanzplan:

Bei dem nachfolgendem Finanzplan ergeben sich lediglich die Änderungen, die zahlungswirksam im Ergebnisplan sind. Die Investitionen bleiben unangetastet.

Finanzplan	Plan 2014	Prognose 2014	Abweichung 2014	Plan 2015	Prognose 2015	Abweichung 2015
* Steuern und ähnliche Abgaben	-33.045.000	-32.965.000	-80.000	-34.280.000	-34.290.000	10.000
* Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-6.990.748	-7.410.748	420.000	-7.508.198	-6.938.198	-570.000
* sonstige Transfereinzahlungen	-804.840	-804.840	0	-804.840	-804.840	0
* öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-9.361.150	-9.361.150	0	-9.362.150	-9.362.150	0
* privatrechtliche Leistungsentgelte	-666.805	-666.805	0	-665.305	-665.305	0
* Kostenerstattungen/umlagen	-1.199.743	-1.199.743	0	-1.185.961	-1.185.961	0
* sonstige Einzahlungen	-1.792.950	-1.792.950	0	-1.798.950	-1.798.950	0
* Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-884.000	-848.000	-36.000	-917.000	-878.000	-39.000
Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-54.745.236	-55.049.236	304.000	-56.522.404	-55.923.404	-599.000
* Personalauszahlungen	12.765.556	12.765.555	0	12.925.993	12.925.993	0
* Versorgungsauszahlungen	797.000	797.000	0	813.500	813.500	0
* Auszahlungen f. Sach-/ Dienstleistungen	11.449.116	11.449.116	0	11.409.412	11.409.412	0
* Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	2.706.125	2.706.125	0	2.528.873	2.528.873	0
* Transferauszahlungen	21.758.230	21.478.230	280.000	22.609.140	21.939.140	670.000
* sonstige Auszahlungen	4.407.416	4.407.416	0	2.360.294	2.360.294	0
Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	53.883.443	53.603.442	280.000	52.647.213	51.977.212	670.000
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-861.793	-1.445.794	584.000	-3.875.191	-3.946.192	71.000
* Investitionszuwendungen	-1.642.750	-1.642.750	0	-1.335.750	-1.335.750	0
* Einzahlungen aus Veräußerung Sachanlagen	-505.700	-505.700	0	-510.200	-510.200	0
Einzahlung aus Investitionstätigkeit	-2.148.450	-2.148.450	0	-1.845.950	-1.845.950	0
* Auszahl. Erwerb Grundstücke + Gebäude	122.000	122.000	0	113.000	113.000	0
* Auszahlungen für Baumaßnahmen	4.268.000	4.268.000	0	2.253.000	2.253.000	0
* Auszahl. Erwerb v. bewegl. Anlagevermögen	800.840	800.840	0	1.014.940	1.014.940	0
* Sonstige Erwerb v. aktivierb. Zuwendungen	0	0	0	0	0	0
* sonstige Investitionsauszahlungen	68.000	68.000	0	66.500	66.500	0
Auszahlung aus Investitionstätigkeit	5.258.840	5.258.840	0	3.447.440	3.447.440	0
Saldo aus Investitionstätigkeit	3.110.390	3.110.390	0	1.601.490	1.601.490	0
Finanzmittelüberschuss	2.248.597	1.664.596	584.000	-2.273.701	-2.344.702	71.000
* Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	-3.283.390	-3.283.390	0	-1.769.490	-1.769.490	0
* Tilgung und Gewährung von Darlehen	3.703.000	3.703.000	0	3.508.000	3.508.000	0
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	419.610	419.610	0	1.738.510	1.738.510	0
Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	2.668.207	2.084.206	584.000	-535.191	-606.192	71.000
Anfangsbestand an Finanzmitteln	13.615.773	13.615.773	0	16.283.980	15.699.979	584.000
Liquide Mittel	16.283.980	15.699.979	584.000	15.748.788	15.093.787	655.001

Finanzplan	Plan 2016	Prognose 2016	Abweichung 2016	Plan 2017	Prognose 2017	Abweichung 2017
* Steuern und ähnliche Abgaben	-35.425.000	-35.565.000	140.000	-36.130.000	-36.820.000	690.000
* Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-8.128.648	-7.048.648	-1.080.000	-8.359.448	-7.419.448	-940.000
* sonstige Transfereinzahlungen	-804.840	-804.840	0	-804.840	-804.840	0
* öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-9.366.150	-9.366.150	0	-9.357.150	-9.357.150	0
* privatrechtliche Leistungsentgelte	-666.805	-666.805	0	-665.305	-665.305	0
* Kostenerstattungen/umlagen	-1.179.178	-1.179.178	0	-1.234.939	-1.234.939	0
* sonstige Einzahlungen	-1.792.950	-1.792.950	0	-1.798.950	-1.798.950	0
* Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-920.000	-910.000	-10.000	-948.000	-913.000	-35.000
Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-58.283.571	-57.333.571	-950.000	-59.298.632	-59.013.632	-285.000
* Personalauszahlungen	13.135.345	13.135.344	0	13.480.496	13.480.496	0
* Versorgungsauszahlungen	830.000	830.000	0	848.000	848.000	0
* Auszahlungen f. Sach-/ Dienstleistungen	11.437.103	11.437.103	0	11.344.365	11.344.365	0
* Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	2.393.544	2.393.544	0	2.261.212	2.261.212	0
* Transferauszahlungen	23.344.030	22.404.030	940.000	23.646.430	22.726.430	920.000
* sonstige Auszahlungen	2.350.132	2.350.132	0	2.422.343	2.422.343	0
Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	53.490.153	52.550.153	940.000	54.002.846	53.082.846	920.000
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-4.793.418	-4.783.418	-10.000	-5.295.786	-5.930.786	635.000
* Investitionszuwendungen	-980.500	-980.500	0	-1.045.500	-1.045.500	0
* Einzahlungen aus Veräußerung Sachanlagen	-510.000	-510.000	0	-310.000	-310.000	0
Einzahlung aus Investitionstätigkeit	-1.490.500	-1.490.500	0	-1.355.500	-1.355.500	0
* Auszahl. Erwerb Grundstücke + Gebäude	63.000	63.000	0	63.000	63.000	0
* Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.802.000	1.802.000	0	1.914.000	1.914.000	0
* Auszahl. Erwerb v. bewegl. Anlagevermögen	1.359.900	1.359.900	0	755.200	755.200	0
* Sonstige Erwerb v. aktivierb. Zuwendungen	0	0	0	0	0	0
* sonstige Investitionsauszahlungen	67.500	67.500	0	68.500	68.500	0
Auszahlung aus Investitionstätigkeit	3.292.400	3.292.400	0	2.800.700	2.800.700	0
Saldo aus Investitionstätigkeit	1.801.900	1.801.900	0	1.445.200	1.445.200	0
Finanzmittelüberschuss	-2.991.518	-2.981.518	-10.000	-3.850.586	-4.485.586	635.000
* Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	-1.957.900	-1.957.900	0	-1.607.200	-1.607.200	0
* Tilgung und Gewährung von Darlehen	3.416.000	3.416.000	0	3.552.000	3.552.000	0
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.458.100	1.458.100	0	1.944.800	1.944.800	0
Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	-1.533.418	-1.523.418	-10.000	-1.905.786	-2.540.786	635.000
Anfangsbestand an Finanzmitteln	15.748.788	15.093.787	655.001	14.215.371	13.570.369	645.001
Liquide Mittel	14.215.371	13.570.369	645.001	12.309.585	11.029.583	1.280.002

2. Ziel: Was soll für welche Zielgruppe erreicht werden?

Information über die Entwicklung des Haushaltes.

3. Leistungen/Prozesse: Was soll wie getan werden?

4. Ressourcen: Welcher Aufwand ist für die Umsetzung der Maßnahme erforderlich?

5. Auswirkungen auf übergeordnete Ziele (Haushaltskonsolidierung, NKF, Familienfreundlichkeit, Raum für Jung und Alt, Unternehmerische Engagement, Natur und Sport). Falls ja: Welche?

Haushaltskonsolidierung

6. Wirtschaftliche Auswirkungen:

Mittel für die Maßnahme lt. Haushaltsplan vorhanden: ja

nein.

Falls nein: - Mittel können aus der betroffenen Produktgruppe zur Verfügung gestellt werden nein

ja, Erläuterung: _____

- Die Maßnahme kann nur durch Inanspruchnahme von Mitteln aus nachstehenden Produktgruppen durchgeführt werden (ggf. üpl. gemäß § 83 GO):


Roger
Bürgermeister

